

**Veranstaltung des Bayerischen Staatsministers des Innern,
für Sport und Integration, Joachim Herrmann MdL,
und der Hanns–Seidel–Stiftung am 10.09.2024 in München**

**Impulsvortrag des Augsburger Bischof Dr. Bertram Meier
zum Thema „Wie viel Religion braucht die Demokratie?“**

Sehr geehrter Herr Staatsminister Herrmann,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

über die Einladung zu der heutigen Veranstaltung habe ich mich sehr gefreut. Die hier zur Debatte stehende Frage ist indes nicht einfach zu beantworten: „Wie viel Religion braucht die Demokratie?“ Da mag so mancher direkt mit einer Gegenfrage reagieren: „Braucht denn die Demokratie überhaupt Religion?“ Meine Antwort lautet: „Ja, unbedingt!“ Dass ein katholischer Bischof so antwortet, wird Sie vielleicht nicht allzu sehr überraschen. Die Antwort bedarf aber einer Begründung. Erlauben Sie mir daher, meinen spontanen Ausruf in fünf Schritten etwas zu konkretisieren.

Zunächst möchte ich betonen, dass Religion und Demokratie zueinander in einem Wechselverhältnis stehen. Deshalb kann man durchaus auch fragen, inwiefern die Religion eigentlich der Demokratie bedarf. Fest steht: Für die Religionsgemeinschaften und die Gläubigen ist es von hoher Bedeutung, dass der Staat ihnen ein rechtes Maß an Freiheit ermöglicht. Ebenso ist es unerlässlich, dass diese Rechte und Freiheiten einer Religion auch dann garantiert werden, wenn sie nur eine Minderheit darstellt. In einer Demokratie werden diese Grundbedingungen in aller Regel

gewährleistet. Denn charakteristisch für demokratische Systeme sind – neben freien Wahlen – auch das Prinzip der Rechtsstaatlichkeit, die Wahrung der Menschenrechte, einschließlich der Religionsfreiheit, und der Schutz von Minderheiten. Gerade die Ordnung unseres Grundgesetzes zeichnet sich durch ein wohl austariertes Gefüge zwischen Staat und Religion aus. Vor diesem Hintergrund lässt sich also sagen: Die Demokratie bietet einen guten Nährboden für die Entfaltung der Religion.

In einem *zweiten* Schritt möchte ich einem der Argumente nachgehen, weshalb nun die Demokratie wiederum der Religion bedarf. Es ist nämlich keineswegs so, als würde die Religion einfach nur ihre Rechte einfordern, ohne einen Beitrag zum demokratischen Gemeinwesen zu leisten. „Demokratie braucht Religion“ – so heißt ein Buch des Soziologen Hartmut Rosa.¹ Seine These, die er selbst übrigens als erstaunlich, ja sogar „schockierend“ wahrnimmt, begründet er nicht primär auf inhaltlicher Ebene, sondern mit Verweis auf die Haltung religiöser Menschen. Kennzeichnend für (eine sich selbst nicht absolut setzende) Religiosität sei demnach die Fähigkeit zu hören, der Wunsch, sich von etwas erreichen zu lassen, das über das eigene Ich hinausgeht – mehr noch: die Bereitschaft, sich verwandeln zu lassen, das heißt eine Offenheit für Transzendenz und Transformation. Wenn Hartmut Rosa recht hat, braucht eine demokratische Gesellschaft eine bestimmte religiöse Grunddisposition schon allein deshalb, damit sie der Gefahr

¹ Hartmut Rosa, *Demokratie braucht Religion: Über ein eigentümliches Resonanzverhältnis* (basierend auf einem Vortrag beim Würzburger Diözesanempfang 2022). München: Kösel 2022.

selbstbezogener Echokammern entgegenwirken kann. Angesichts der demokratischen Erosionsprozesse, die wir mancherorts beobachten, ist das Aufrechterhalten einer grundlegenden Dialog- und Diskursfähigkeit ja auch alles andere als trivial.

Neben der *Haltung* erscheint aber auch der *Inhalt* relevant. Vielleicht lassen sich beide Dimensionen in jenem demokratischen Ethos zusammenfassen, das im altgedienten Böckenförde-Diktum anklingt: „Der freiheitliche, säkularisierte Staat lebt von Voraussetzungen, die er selbst nicht garantieren kann.“² Eine demokratische Gesinnung bedarf im Kern einer klaren ethischen Orientierung. Gestatten Sie mir daher *drittens* – nun aus dezidiert katholischer Perspektive – einige inhaltliche Punkte eines solchen Ethos zu skizzieren:

- Da wäre zunächst das im Glauben gegründete Bekenntnis zur *Freiheit und Würde des Menschen* zu nennen. Die Pastoralkonstitution *Gaudium et spes* des Zweiten Vatikanischen Konzils bringt es auf den Punkt: „nur frei kann der Mensch sich zum Guten hinwenden“; „die Würde des Menschen verlangt ..., dass er in bewusster und freier Wahl“ handeln kann.³ Diese theologisch fundierte Grundüberzeugung vom Wesen der menschlichen Person hat selbstverständlich auch politische Implikationen. Als Christinnen und Christen streben wir demnach eine Ordnung an, die der Freiheit und Würde des Menschen entspricht.

² Ernst Wolfgang Böckenförde, *Die Entstehung des Staates als Vorgang der Säkularisation*, in: *Recht, Staat, Freiheit*. Frankfurt: Suhrkamp 2006, S. 112.

³ *Gaudium et spes* 17.

- Eng damit verknüpft ist die Verteidigung der *Menschenrechte*. Hier hat die Kirche in den vergangenen Jahrhunderten eine teils schmerzhaft Lerngeschichte durchlaufen. Heute sind wir überzeugt: Aufgrund seiner Gottebenbildlichkeit kommt jedem Menschen eine unantastbare Würde zu, die wiederum die Grundlage bestimmter unveräußerlicher Rechte bildet.⁴ Papst Johannes Paul II. hat die politische und rechtliche Dimension dieser Erkenntnis untermauert, indem er die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte ausdrücklich als „wahren Meilenstein auf dem Weg des moralischen Fortschritts der Menschheit“ gewürdigt hat.⁵
- Bedeutsam ist in diesem Zusammenhang auch, dass die Soziallehre der Kirche das Gemeinwohl niemals nur auf einzelne Personen und Gruppen begrenzt, sondern sich durch eine *universale Gemeinwohlorientierung* auszeichnet (die im Übrigen stets auch Menschen in anderen Teilen der Welt und zukünftige Generationen miteinschließt). Regierungsformen, die durch eine Fokussierung auf Partikularinteressen und diskriminierende Privilegien geprägt werden, stehen dem entgegen.

Zusammenfassend lässt sich also sagen: Die Kirche stützt und fördert das Zusammenleben in einem freiheitlich–demokratischen Rechtsstaat nicht aus pragmatischer Notwendigkeit, sondern aus innerer Überzeugung. So mündet denn auch die Erklärung, die die deutschen Bischöfe im Februar dieses Jahres zur Gefahr des

⁴ Vgl. die Enzyklika *Pacem in terris* sowie die Konzilserklärungen *Nostra aetate* und *Dignitatis humanae*.

⁵ *Ansprache an die Vollversammlung der Vereinten Nationen*, 02.10.1979.

völkischen Nationalismus vorgelegt haben, in dem unmissverständlichen Aufruf: „Engagieren wir uns gemeinsam aktiv für die freiheitliche Demokratie!“⁶

Doch so wirkmächtig Worte auch sein mögen: Appelle allein sind nicht genug. Stattdessen möchte ich – in einem *vierten* Schritt meiner Überlegungen – unterstreichen: Unsere Demokratie braucht die Religionsgemeinschaften auch deshalb, weil sie *de facto* ein besonders hohes Maß an Engagement-Bereitschaft aktivieren. Die empirischen Daten der jüngsten EKD-Kirchenmitgliedschaftsuntersuchung, an der sich erstmals auch die katholische Kirche beteiligt hat, zeigen: Das ehrenamtliche Engagement ist geradezu ein Markenzeichen religiöser Praxis. So sind die Mitglieder der beiden großen Kirchen überproportional stark im Ehrenamt aktiv. Die Kirchen erweisen sich als entscheidender „Knotenpunkt zur Stärkung der Zivilgesellschaft“.⁷ Hinzu kommt die große Bedeutung der professionellen Dienste von Caritas, Diakonie und vielen weiteren kirchlichen Einrichtungen. Hier wird deutlich: Die Kirche steht nicht abseits, wenn es um den Aufbau einer gerechten Gesellschaft geht, sondern hat stets eine öffentliche Rolle.⁸ Der Dienst an Mensch und Gesellschaft ist zugleich ein Dienst an der Demokratie.

Das beantwortet aber noch nicht die (vielleicht auch nur rhetorisch gemeinte) Frage nach der Quantität, der ich mich nun *fünftens*

⁶ Die deutschen Bischöfe, *Völkischer Nationalismus und Christentum sind unvereinbar*, Bonn 2024, S. 14.

⁷ EKD, *Wie hältst du's mit der Kirche? Zur Bedeutung der Kirche in der Gesellschaft. Erste Ergebnisse der 6. Kirchenmitgliedschaftsuntersuchung*. Leipzig: Evangelische Verlagsanstalt 2023, S. 91.

⁸ Vgl. *Fratelli tutti* 276.

zuwenden will: „*Wie viel* Religion braucht die Demokratie?“ Eine einzelne religiöse Richtung, die beansprucht, in einer Gesellschaft alles umfassend zu regeln, wäre mit einer Demokratie nicht in Einklang zu bringen. Und lauter zersplitterte Privatreligionen, denen das Gemeinwohl weitgehend egal ist, würden sich mit unserem Begriff von Gesellschaft wohl ebenfalls kaum vertragen. Lassen Sie mich die Frage nach der Quantität daher zunächst negativ beantworten: weder dominante Monokultur noch quietistische Indifferenz! Es geht stattdessen um Religion im Plural: Religionsgemeinschaften, die sich im Inneren wie im Äußeren auf das Wagnis von Freiheit und Vielfalt einlassen; die im Verhältnis zu Staat und Gesellschaft ihre Verantwortung, aber auch ihre Grenzen kennen; Religionsgemeinschaften, die – wie es Papst Franziskus formuliert hat – „einen wertvollen Beitrag zum Aufbau von Geschwisterlichkeit und zur Verteidigung der Gerechtigkeit“ leisten.⁹ Quantität und Qualität gehen hier Hand in Hand. Damit kein Missverständnis entsteht: Es geht dem Papst nicht darum, die Religion rein funktional zu verengen. Aber: Wenn man die „Wertschätzung jedes Menschen als Geschöpf mit der Berufung zur Gotteskindschaft“ ernst nimmt, ist ein solcher gesellschaftlicher Auftrag nur folgerichtig.

Das *Dokument über die Brüderlichkeit aller Menschen*, das der Papst mit dem Großimam der ägyptischen Azhar 2019 in Abu Dhabi unterzeichnet hat, zeigt an, dass dieser Auftrag sich auch als gemeinsame interreligiöse Verantwortung begreifen lässt. So wird im Abu-Dhabi-Dokument als christlich-muslimischer Konsens

⁹ *Fratelli tutti* 271.

festgehalten: „Die Freiheit ist ein Recht jedes Menschen: ein jeder genießt Bekenntnis-, Gedanken-, Meinungs- und Handlungsfreiheit. Der Pluralismus und die Verschiedenheit in Bezug auf Religion, Hautfarbe, Geschlecht, Ethnie und Sprache entsprechen einem weisen göttlichen Willen, mit dem Gott die Menschen erschaffen hat. (...) Die Gerechtigkeit, die auf der Barmherzigkeit gründet, ist der Weg, der beschritten werden muss, um zu einem Leben in Würde zu gelangen, auf das jeder Mensch Anspruch hat.“¹⁰ Global betrachtet mögen die Hürden für ein wirksames Demokratie-Engagement der Religionen recht hoch sein. Mit Blick auf Deutschland dürfen wir jedoch feststellen: Vielerorts sind starke Dialog-Initiativen gewachsen, in denen sich Menschen unterschiedlichen Glaubens gemeinsam für ein gutes Miteinander in unserer Demokratie einsetzen. Sicherlich hat der interreligiöse Dialog aktuell keinen leichten Stand, aber wir sollten das bestehende Engagement auch nicht schlechtreden. Wir brauchen mehr und nicht weniger Dialog!

Nicht vernachlässigen sollten wir in diesem Kontext auch die Dimension der Vielfalt *innerhalb* der jeweiligen Religionsgemeinschaft: Kirchen, Moscheen, Synagogen und weitere religiöse Stätten gehören in unserer Gesellschaft zu jenen Orten, an denen Menschen verschiedener Herkunft, sozialer Stellung, politischer Meinung und kultureller Prägung regelmäßig zusammenkommen – geeint durch den gemeinsamen Glauben, aber auch im Bewusstsein ihrer Unterschiede. Auf diese Weise lernen sie auch, mit den

¹⁰ *Dokument über die Brüderlichkeit aller Menschen für ein friedliches Zusammenleben in der Welt.*

Spannungen umzugehen, die sich in jeder pluralen Gemeinschaft unvermeidlich ergeben. Auch in dieser Hinsicht lassen sich Kirchen und Religionsgemeinschaften – intern wie extern – als „Schulen des Dialogs“ bezeichnen.

Unsere Demokratie ist auf Menschen angewiesen, die diese Gemeinschaftsform mit Leben füllen: Menschen, die nicht „ihre subjektiven Rechte nur noch wie Waffen gegeneinander richten“ (wie Jürgen Habermas es einmal ausgedrückt hat), sondern die einen wachen Sinn für das Wohl der Gemeinschaft und die Würde des Einzelnen haben. Nicht selten finden wir solche Menschen im Raum der Kirchen und Religionsgemeinschaften. Deshalb kann man guten Gewissens sagen: Ja, Demokratie braucht Religion!